

Telegraphische Depeschen.

* Berlin, 5. Juni. Sr. Maj. Dampfanonon-boat Cyclop, 4 Geschütze, Commandant Capitän- lieutenant v. Schudmann I., hat am 9. April Chesoo verlassen, traf am 12. April in Shanghai ein, ging am 15. April wieder in See und ankerte am 22. April im Hafen von Hongkong.

* Braunschweig, 5. Juni. Die Lehrerversammlung nahm heute folgende Resolution an: „Die Lösung von der Schule mit dem vollendeten 14. Lebensjahre ist zur Erlangung einer guten Volksschule verfrüht und es sind deshalb obligatorische Fortbildungsschulen für beide Geschlechter zu errichten.“ Als nächster Versammlungsort wurde Karlsruhe gewählt und alsdann die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf Sr. Maj. den Kaiser geschlossen.

* München, 5. Juni. Die Einberufung des bairischen Landtages ist für den 14. Juli in Aussicht genommen.

* München, 5. Juni. Die Delegirtenconferenz der deutschen Gewerbekammern erklärte sich in ihrer heutigen Schlusssitzung mit allen gegen zwei Stimmen für die Einführung der obligatorischen Lehrlingsprüfung und für die Einführung der Arbeitsbücher für alle Arbeiter, selbst für diejenigen, die das 21. Jahr bereits überschritten haben; ferner für die Beschränkung der Schankwirthsconcession nach dem Gesichtspunkte des Bedürfnisses. Der hamburgrer Antrag wegen Beschränkung der allgemeinen Wechselbarkeit wurde zurückgewiesen. Als nächster Vorort ist Stuttgart gewählt.

* Paris, 5. Juni nachmittags. Präsident Grévy hat heute noch ein weiteres und letztes Decret in Betreff derjenigen Teilnehmer an dem Communeaufstande unterzeichnet, welche auf Grund des Amnestiegesetzes begnadigt werden. Blanqui befindet sich nicht unter dem Decret Genannten, sondern dürfte erst nach dem 6. Juni begnadigt werden. Die nach diesem Zeitpunkte eintretenden Begnadigungen haben nicht die Wirkungen derjenigen Begnadigungen, welche in Gemäßheit des Amnestiegesetzes erfolgen.

* Paris, 5. Juni. Das Journal officiel veröffentlicht ein Decret, durch welches weitere 288 wegen Theilnahme an dem Communeaufstande im Jahre 1871 verurtheilte Personen begnadigt werden.

* Paris, 5. Juni. Nach weiteren aus Algier eingegangenen Nachrichten sind die in der Provinz Konstantine ausgebrochenen Unruhen unerheblich und beschränken sich auf einen zwischen dem Stamm Duled Daoud und dem Stamm Duled Bousliman ausgebrochenen Streit.

* Versailles, 5. Juni. Der Deputirtenkammer wurde vom Handelsminister heute ein Gesetzentwurf betreffend die Verlängerung der bestehenden Handelsverträge auf sechs Monate vorgelegt.

* Petersburg, 5. Juni. Das Journal de Saint-Petersbourg schreibt, in competenten Kreisen werde eine Ueberzeichnung der neuen innern Anleihe als sicher angenommen. Schon gestern seien bei hiesigen Bankhäusern bedeutende Aufträge aus dem Inlande und aus dem Auslande und zwar mit Vorausbezahlung eingelaufen, welche bewiesen, daß das Ausland auf den russischen Credit Vertrauen setze und zu der gesicherten allmählichen Creditbesserung Zutrauen hege. Das Blatt weist ferner nach, daß von der zweiten Orientanleihe mehr als ein Drittel zur Verminderung der schwebenden Schuld verwendet worden ist und daß die Anleihe außerdem zur Verminderung der Emission und Circulation von Papiergeld gedient hat. Man könne mit Sicherheit darauf rechnen, daß die neue Anleihe in noch weit größerem Maße demselben Zwecke dienen solle. Die neue Anleihe erscheine demnach als ein neuer Schritt zur Consolidirung der durch den Krieg geschaffenen schwebenden Schuld.

* Wien, 5. Juni. Meldungen der Politischen Correspondenz aus Philippopol von heute: „Das neuernannte Regierungsdirectorium hat sich bis jetzt vorzugsweise mit den Angelegenheiten der Miliz beschäftigt; die vom russischen Gouvernement für die Miliz bisher verwendeten Beträge wurden dabei von demselben als zu hoch befunden, so daß das Directorium beabsichtigt, den Präsenzstand der Miliz zunächst zu reduciren. Der bulgarische Exarch mit den Notabeln stattete gestern dem französischen Delegirten Baron Ring einen Besuch ab und versicherte denselben seiner Dankbarkeit gegen Frankreich wegen der von diesem bewiesenen werththätigen Sympathien.“ — Aus Athen von heute: „Der Conflict mit der Pforte wegen der letzten Vorfälle an der Grenze ist beigelegt worden.“

* Paris, 4. Juni. Wie der Agence Havas aus Athen gemeldet wird, hätten die dortigen Gesandten Frankreichs, Deutschlands und Italiens von ihren respectiven Regierungen den Befehl erhalten, die griechische Regierung aufzufordern, Commissare für die in Konstantinopel zu erfolgende Wiedereinnahme der Verhandlungen mit der Pforte über die griechische Grenzfrage zu ernennen. Voraussetzlich werde die griechische Regierung dieselben Commissare, welche die bisherigen Verhandlungen mit der Pforte führten, für die weitem Verhandlungen ernennen.

* Wien, 4. Juni. Nachdem auch Italien den neuesten Vorschlägen Waddington's in der griechisch-türkischen Grenzfrage zugestimmt hat, sind sowohl die Pforte als Griechenland aufgefordert worden, Bevollmächtigte behufs neuer Verhandlungen darüber zu ernennen. (Indép. belge.)

* Washington, 5. Juni. Schatzsecretär Sherman macht amtlich bekannt, daß die Operationen zur Consolidirung der Staatsschuld am 31. Juli d. J. aufhören werden, sobald dieselben zur Wirkung gehabt haben, daß die Nationalschuld von dem Betrage von

2381 Mill., den dieselbe im Jahre 1865 hatte, auf die Summe von 1797 Mill. herabgemindert worden ist. Die Jahreszinsen auf die Staatsschuld werden dann von 151 Mill. auf 84 Mill. zurückgeführt sein. — Die demokratische Convention von Ohio hat eine Resolution angenommen, welche Schutz für die Rechte aller naturalisirten, im Auslande sich aufhaltenden amerikanischen Bürger verlangt.

Die „föderativen Garantien“ bei der Finanzreform.

N.L.C. Berlin, 5. Juni. In den Erörterungen der Centrumpresse über die Stellung ihrer Partei zur Finanzreform spielt eine Hauptrolle die Forderung der „föderativen Garantien“. Nach einer nähern Erläuterung dieser Forderung haben wir und bisher vergebens umgesehen. Die „Germania“ gibt indeß einen Fingerzeig, indem sie auf die Rede des Abg. Windthorst in der Generaldebatte über den Zolltarif verweist. In derselben finden wir nun folgende Stelle:

Wir haben durch die Reichsverfassung den Einzelstaaten das Recht, indirecte Steuern aufzuerlegen, entzogen, was ist natürlicher, als daß sie an uns kommen und sagen: mit dem, was wir haben, können wir nicht mehr auskommen, ihr müßt uns indirecte Steuern geben, und daß der Reichstag oder das Reich erwidert: wir wollen einen solchen Beitrag an indirecten Steuern aufschreiben, wir wollen sie einnehmen und verwalten, und sie werden bereitwillig genau so, wie es zur Zeit des Zollvereins war; alle Staaten haben ihr Geld, und das Reich hat von ihnen das zurückerhalten, was es zu haben nöthig hat, um seine Bedürfnisse zu befriedigen. Diese Form gefällt mir viel besser als jegliche andere, und ich glaube auch, daß mit einer solchen Form der föderative Charakter des Reiches besser bewahrt und am besten zum Ausdruck gebracht wird. Denn darüber dürfen wir uns nicht täuschen, meine Herren, wir stehen bei diesen Fragen gegenüber einem Schritte, der den Einheitsstaat vollendet, und darum sind die proponirten Maßregeln für mich von so eminenter Bedeutung und Tragweite.

Das heißt also in kurzen Worten: „Beibehaltung des Systems der Matriculaturbeiträge, dagegen Ueberweisung aller neuen indirecten Steuern an die Einzelstaaten!“ Es wäre von Interesse, zu wissen, ob dies die vom Centrum verlangten föderativen Garantien sind. Sind sie es, so wird sich schwer sagen lassen, wie ein solcher Standpunkt mit demjenigen des Reichskanzlers in Einklang gebracht werden könnte. Fürst Bismarck sagte noch in seiner Rede vom 2. Mai:

Gewiß ist, daß es für das Reich unerwünscht ist, ein lästiger Kostgänger bei den Einzelstaaten zu sein, ein mahrender Gläubiger, während es der freigelegte Verfolger der Einzelstaaten sein könnte bei richtiger Verwendung der Quellen, zu welchen die Schlüssel durch die Verfassung in die Hände des Reiches gelegt, bisher aber nicht benutzt worden sind. Diesem Zustande muß, glaube ich, ein Ende gemacht werden, denn die Matricularumlage ist ungleich und ungerecht in ihrer Vertheilung, wie damals Hr. Miquel sagte; 30- oder, wie er sagte, 100000 Bewohner von Thüringen oder Baden können nicht ebenso viel bezahlen an Matricularbeiträgen wie 30- oder 100000 Bewohner von Bremen

Die 23. Allgemeine Deutsche Lehrerversammlung.

Die zweite Hauptversammlung wurde am 4. Juni mit dem Gesänge „Dir Gott, dir will ich fröhlich singen“ eröffnet. Den ersten Vortrag hielt der Schulrath Hoffmann aus Hamburg über das Thema: „Der Religionsunterricht darf der Schule, wenn diese ihren Zweck erreichen soll, nicht entzogen werden“.

Der Redner motivirt die Wahl seines Themas durch die vielfach geäußerte Behauptung: der Religionsunterricht gehöre nicht in die Schule. Die Gründe dieser Forderung seien sehr verschieden, oft entgegengesetzter Art. Den einen ist der Religionsunterricht zu dogmatisch, zu confessionell, den andern scheint er Trennung zu bringen statt Vereinigung; wieder andere bestreiten dem Religionsunterricht die Berechtigung für das Alter der Schüler. Manche mögen ihn deshalb nicht ertheilen, weil sie mit ihrem Gewissen nicht vereinigen können; was sie lehren sollen. Einzelne wenige erklären ihn auch für gänzlich erfolglos. Die Meinung des Redners ist die, daß die Schule den Religionsunterricht nicht entbehren könne, weil sie sich sonst des Mittels berauben würde, welches den Lehrer am meisten befähige, auf Gemüth und Sittlichkeit einzuwirken. Ohne Religionsunterricht wäre aber die Schulbildung keine harmonische sein. Freilich eine gewisse Art des Religionsunterrichtes müsse aus der Schule fern bleiben. Der Referent fordert einen pädagogischen Religionsunterricht; zu demselben gehört eine richtige Stoffauswahl und eine methodische Behandlung. Er habe sich für seinen Religionsunterricht das Gesetz gemacht, in jeder Stunde nur das zu lehren, was die Kinder der Gottesfurcht, der Menschenliebe und Herzgüte näher bringe. Alles übrige lasse er fort, weil es für die Kinder überhaupt nicht ist oder noch nicht ist; es seien das zum Theil hochwichtige Dinge, aber sie mögen durch die Kirche gelehrt werden. Nicht in den Religionsunterricht oder wenigstens sehr sparsam in ihn gehöre, was reine Geschichte ist, wie Geschlechtsregister x. Auszumergen

sei der massenhafte Memorirstoff. Wenige Sprüche, welche dem Kinde Leitstern sind fürs Leben, seien mehr werth als 100 und mehr Sprüche, die nicht verstanden seien. In den Religionsunterricht gehören auch keine Beweise für Dinge, welche sich in der Schule überhaupt nicht beweisen lassen, wie das Dasein Gottes, die Unsterblichkeit x., sondern die als ein Eigenthum der Menschheit zu überliefernden seien, es sei denn, daß die Kinder aus den Häusern mit Zweifeln kommen.

In Bezug auf die Art und Weise des Unterrichts fordert der Redner, daß sie dem Alter und dem Verstande der Kinder angemessen sein müsse. Es sei deshalb vorzuziehen, absichtlich Gemüthsregungen herbeizuführen; der Unterricht solle eben keine Erbauung sein. Wohl wisse er, daß die Lehrer auch aufs Gemüth einwirken sollen; aber das dürfe nicht auf forcirte Weise geschehen, sondern durch Einfachheit. Die Erzählungen aus der biblischen Geschichte dürfen nicht novellenmäßig ausgeschmückt werden, das sei eine Entwürdigung der Bibel, bei der der Kern verloren gehe. Der Religionsunterricht solle dem Kinde Vorbilder geben für die ganze Lebenszeit, und zwar seien nur solche auszuwählen, welche in jeder Beziehung nachahmungswerth seien; Verbrechen schrecken nicht immer ab. Das Confessionelle gehöre nicht in die Schule. Der Lehrer müsse mehr wirken durch das, was Christus ist, als durch das, was er lehrt. Darum resumire er: der Stoff für den Religionsunterricht sei zu beschränken, er werde nach pädagogischen Grundsätzen ertheilt und der Stoff, welcher dem Leben dienen solle, werde zum unverlierbaren Eigenthum gemacht. Nicht das Auswendiglernen von Kirchentiteln, Sprachen und Katechismus mache den Religionsunterricht aus; derselbe müsse vielmehr ein praktisch lebendiger sein. Wenn die Kinder von früh auf Regelmäßigkeit, Anstand und Wahrhaftigkeit in der Schule vor Augen haben, so werde der Lehrer durch sein Leben mehr als durch eine wohlgelegene Religionsstunde. (Lebhafte Beifall.)

Schuldirector Schaarschmidt-Braunschweig spricht dem Redner den Dank der Versammlung aus.

Seminardirector Trebner-Bremen bittet die Lehrer, nur ja nicht den Religionsunterricht aus der Hand zu geben; wer das Herz habe, habe den ganzen Menschen, das wisse die katholische Kirche sehr wohl. Im ganzen ist er mit dem Referenten einverstanden:

Jede biblische Geschichte enthalte eine Pointe, die in Beziehung zu der Hauptsache stehe, auf die es allein ankomme. Es werde nie gelingen, einen wissenschaftlich gebildeten Mann dahin zu bringen, alle biblischen Geschichten wörtlich zu nehmen. Dieselben seien für Orientalen geschrieben, die das Ewige an das Irdische anknüpfen. Aus der Schöpfungsgeschichte genüge der Gedanke: „Alles ist von Gott.“ Die Geschichte vom Sündenfall würde den nie von Zweifeln frei lassen, welcher sie als die Geschichte des einzigen Adam betrachte und nicht als die Geschichte eines jeden Menschen. Natürlich sei es nicht nöthig, das den Kindern zu sagen. Dieselben werden keine muthwilligen Fragen thun, wenn sie sehen, wie der Lehrer von dem überzeugt ist, was er lehrt. Die Versuchungsgeschichte sei vortrefflich und nicht zu entbehren. Aber wenn Jesus, 30 Jahre alt, als Birtuos der Sittlichkeit auftritt, so sei ihm das nicht im Schlaf überkommen, sondern er habe es so weit gebracht, weil er sich bei allen Versuchungen, die an ihn herantraten, gesagt habe: mein Vater hat es verboten oder ich will es nicht. Zur Vorführung allgemeiner religiöser Wahrheiten seien alle biblischen Geschichten geeignet. Für das Memoriren genügen 100 Sprüche inclusive der Psalmen. Christus sei zu zeigen als der „ideale Mensch“, als der „Wohltäter“ der Menschheit; ob er die Krankheit durch ein Wort oder durch längere Behandlung geheilt, sei unwesentlich. Sorge man dafür, daß die Menschen gekannt seien, wie er war!

Dr. Glademeier Hannover wünscht, daß die 23. Allgemeine Deutsche Lehrerversammlung gegen die Unterstellung protestire, als ob die deutschen Lehrer den Religionsunterricht der Schule nehmen wollten.

Fauerbach-Hildesheim fordert Toleranz; der con-

Pf.

Tagstunden
[1229]

STRIE.

PARIS.

Elfenbein,
Tape-

solche Er-
als Muster
Somit bildet
ützen, indem
a Vergleich
ndung neuer
der Abbil-
kstatt, aber
do in Besitz

reise

!

und jurlich
rück 1000
Norden.
über 100
hat,
li Extra-
Ober-
panien

Otto Rich-
Herrmann
- Dr. Re-
mit Fel.
Dr. Sch-
Wilsdorf
Kühne in

ch in Pöbam
thst. —
mit Fel.
el Hanisch
h. — Dr.
Fel. Nanni
l Leipzig
aus Sleg-
Hermann
a mit Fel.
er Gustav
Präfer.
u mit Fel.
nieur Franz
lara Ru-
Hubert
ager aus

reisen in
er. — Dr.
Besau eine
in Gohlis
Sidel in

bel, geb.
Kplograph
h. — Fel.
u Ida Jo-
l, in Neud-
Hans Mar-
rau Marie

in Scipylg